



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 4.3.2025  
C (2025) 1506 final

Seine Exzellenz  
Herrn Jean-Noël Barrot  
Minister für Europa und auswärtige  
Angelegenheiten  
37, Quai d'Orsay  
F - 75351 Paris

Frankreich

**Betr.:           Notifizierung 2025/78/FR**

**Bestimmungen der Artikel 8, 8bis und 9 des Entwurfs des  
Finanzgesetzes für 2025 über die Besteuerung von Kraftfahrzeugen**

**Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5(2) der Richtlinie (EU)  
2015/1535 vom 9. September 2015**

Sehr geehrter Herr Minister,

Im Rahmen des in der Richtlinie (EU) 2015/1535 <sup>(1)</sup> vorgesehenen Notifizierungsverfahrens haben die französischen Behörden der Kommission am 7. Februar 2025 den Entwurf der Bestimmungen der Artikel 8, 8bis und 9 des Entwurfs des Finanzierungsgesetzes für 2025 über die Kraftfahrzeugbesteuerung (im Folgenden „notifizierter Entwurf“) notifiziert.

Der Mitteilung zufolge sieht der angemeldete Entwurf eine Erhöhung der Steuer auf Kohlendioxidemissionen und die Steuer auf die Masse von Personenkraftwagen in fahrbereitem Zustand, eine Änderung der Art und Weise, wie die CO<sub>2</sub>- und Gewichtsstrafen verringert werden, sowie die Einführung einer jährlichen Anreizsteuer auf den Erwerb emissionsarmer leichter Nutzfahrzeuge für große private Flotten vor.

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs hat die Kommission zu folgenden Bemerkungen gemäß Artikel 5(2) der Richtlinie (EU) 2015/1535 veranlasst.

## **BEMERKUNGEN**

---

<sup>1</sup>() Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

Die Dienststellen der Europäischen Kommission gehen davon aus, dass es mit dem Inkrafttreten der neuen Regelung zwei Kategorien importierter Fahrzeuge auf dem französischen Gebrauchtwagenmarkt geben wird, nämlich diejenigen, die bereits nach der alten Steuerregelung zugelassen sind, und diejenigen, die nach der neuen Steuerregelung zugelassen werden.

So wird beispielsweise ein Fahrzeug des Modelljahres 2020, das aus einem anderen Mitgliedstaat eingeführt und vor 2025 in Frankreich zugelassen wurde, notwendigerweise nach dem alten System registriert worden sein, während ein ähnliches Fahrzeug desselben Modelljahres 2026 nach Frankreich eingeführt werden könnte und dann im Rahmen des neuen Systems registriert werden müsste.

In diesem Zusammenhang weisen die Dienststellen der Europäischen Kommission die französischen Behörden auf die bewährte Rechtsprechung des Gerichtshofs (<sup>2</sup>) hin, wonach ein Verstoß gegen Artikel 110 AEUV vorliegt, wenn der Betrag der Zulassungssteuer auf ein Gebrauchtfahrzeug aus einem anderen Mitgliedstaat den Restbetrag dieser Steuer übersteigt, der im Wert ähnlicher Gebrauchtfahrzeuge enthalten ist, die bereits im nationalen Hoheitsgebiet zugelassen sind, da dies die Gefahr birgt, den Verkauf inländischer Gebrauchtfahrzeuge zu begünstigen und somit die Einfuhr ähnlicher Gebrauchtfahrzeuge zu verhindern.

Die Befugnis der Mitgliedstaaten, neue Steuerregelungen zu treffen oder die Bemessungsgrundlage der bestehenden Steuern zu ändern, ist jedoch nicht unbegrenzt. Das in Art. 110 AEUV enthaltene Verbot greift immer dann ein, wenn eine abgabenrechtliche Maßnahme geeignet ist, die Einfuhr von Gütern aus anderen Mitgliedstaaten zugunsten inländischer Waren zu erschweren. Daher dürfen die Mitgliedstaaten keine neuen Steuern einführen oder Änderungen bestehender Steuern vornehmen, die den Verkauf eingeführter Erzeugnisse zugunsten des Verkaufs ähnlicher Erzeugnisse, die auf dem nationalen Markt verfügbar sind und vor Inkrafttreten dieser Steuern oder Änderungen auf diesem Markt eingeführt wurden, verhindern oder davon abhalten.

Wenn also im Jahr 2026 der Reststeuerbetrag, der noch in den Wert des nach dem alten Steuersystem registrierten Fahrzeugs eingeflossen ist, geringer sein sollte als die Steuer, die auf ein ähnliches vergleichbares Fahrzeug erhoben wird, das im selben Jahr, aber im Rahmen des neuen Steuersystems erstmals in Frankreich zugelassen wird, dann wird es vorteilhafter sein, ein solches Fahrzeug bereits auf dem französischen Markt zu erwerben und nicht aus einem anderen Mitgliedstaat einzuführen.

Eine solche diskriminierende Wirkung lässt sich nur vermeiden, wenn es im Rahmen des neuen Steuersystems möglich ist, den niedrigsten Restbetrag der Zulassungssteuer zu wählen, der noch in den Wert vergleichbarer gebrauchter Fahrzeuge, die bereits auf dem nationalen Hoheitsgebiet zugelassen sind, eingeflossen ist.

Die französischen Behörden werden daher aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Anwendung der neuen Rechtsvorschriften in keinem Fall zu einer Verletzung der Bestimmungen des Artikels 110 AEUV in der Auslegung durch den Gerichtshof führt.

---

<sup>2</sup>() Urteil des Gerichtshofs vom 19. Dezember 2013, [X](#), C-437/12, EU:C:2013:857.

Die Kommission bittet die französischen Behörden, die oben genannten Bemerkungen zu berücksichtigen.

Die Kommission weist ferner darauf hin, dass der endgültige Wortlaut bei seiner Annahme gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 der Kommission mitgeteilt werden muss.

Mit freundlichen Grüßen,

Für die Kommission

Kerstin Jorna  
Generaldirektorin

